Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Per E-Mail recht@bk.admin.ch
Schweizerische Bundeskanzlei
Sektion Recht
Bundeshaus West
3003 Bern

19. September 2023

Stellungnahme: Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Sie haben uns mit Schreiben vom 16. Juni 2023 um eine Stellungnahme zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung) ersucht. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und äussern uns wie folgt:

Der Solothurner Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen im Umgang der Bundesverwaltung mit den sozialen Medien. Damit lässt sich die bisherige Praxis verbessern und vereinheitlichen.

Bezüglich der Regelung der Moderation interaktiver Profile (Art. 23 Ziffer 5) bevorzugen wir die Variante 2. Wir erachten ein umfassenderes Werbeverbot im Rahmen der Nutzung von Social-Media-Plattformen durch die öffentliche Hand als angezeigt und auch bezüglich des Grundrechtsschutzes (Meinungs- und Informationsfreiheit) als verhältnismässig.

Wir sind uns bewusst, dass die Bundesverwaltung nicht mehr nur auf die klassische Öffentlichkeitsarbeit abstellen kann, um die breite Bevölkerung zu erreichen. Mit der Informationstätigkeit in den sozialen Medien werden Teile der Bevölkerung erreicht, die sich kaum auf anderen Kanälen mit nationalen Nachrichten versorgen. Mit der Ausweitung der Kommunikation auf zusätzliche Social-Media-Plattformen wird ein wichtiger Raum der politischen Auseinandersetzung betreten, in dem allerdings auch viel Desinformation kursiert. Mit ihrer Präsenz in den sozialen Medien kann die Bundesverwaltung einen Beitrag zur Eindämmung von Desinformationen leisten und zur Versachlichung der Debatte beitragen. Die Kommunikation in den sozialen Medien trägt dazu bei, dass weitere Teile der Bevölkerung Informationen erhalten, die einer direkten Demokratie zuträglich sind und dass die politische Auseinandersetzung faktenorientiert bleibt.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Brigit Wyss
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber